



28.600 Straßenbäume und Milliardenkosten gefährdet: BaumEntscheid warnt vor Verzögerungen beim Klimaanpassungsgesetz

Berlin, 28. Mai 2026 – Der BaumEntscheid e.V. hat heute im Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz des Berliner Abgeordnetenhauses eine gemischte Zwischenbilanz zum Umsetzungsstand des Berliner Klimaanpassungsgesetzes gezogen. Die Initiative würdigt ausdrücklich die Arbeit der Umweltverwaltung der vergangenen Monate, kritisiert die drohende Verzögerung von einem Jahr und warnt zugleich vor strukturellen Risiken für die Umsetzung. Insbesondere mahnt der BaumEntscheid die gesetzlich vorgesehene Nachpflanzung von 28.600 Straßenbäumen an, die seit 2011 gefällt, aber nicht nachgepflanzt wurden.

Der BaumEntscheid sehe die ernsthaften und teilweise auch fristgerechten Aktivitäten in der Verwaltung und honoriere ausdrücklich die Arbeit hinter den Kulissen: die Einrichtung des Aufbaustabs, Workshops mit Verwaltung und externen Akteuren, Datenanalysen zum künftigen Bedarf von rund 240.000 zusätzlichen Straßenbäumen, erste kursierende Namensvorschläge für den Wissenschaftlichen „Kontrollbeirat“ sowie die Vorbereitung der Novelle der Baumschutzverordnung. Gerade deshalb Sorge sich der BaumEntscheid um die fehlenden Ressourcen, weil dadurch gute fachliche Arbeit ausgebremst zu werden drohe.

Denn die fehlenden Personal- und Sachmittel im einstelligen Millionenbereich gefährden nicht nur den Zeitplan des Milliarden-Programms für Straßenbäume, Klimaanpassung und die Sanierung der grünen Infrastrukturen, sondern würden auch die Gesamtkosten wieder auf 7 Milliarden Euro anheben. In den Gesetzesverhandlungen unterstellte Kostensenkungspotenziale in Höhe von 4 Milliarden Euro durch Privatkapital, Standardisierung, innovative Pflanzmethoden und professionelle Projektsteuerung würden dadurch nicht rechtzeitig erschlossen. Auch die Nachpflanzpflicht von gut 28.600 Straßenbäumen, die seit 2011 nach Fällungen nicht nachgepflanzt wurden, wird damit kaum zu gewährleisten sein.

Heinrich Strößenreuther, Initiator und Vorstand BaumEntscheid e.V.: „Bäume wachsen nicht schneller, nur weil die Verwaltung später anfängt. Fehlende Personal- und Sachmittel gefährden Zeitplan und Kostenstabilität des gesamten Projekts. Wer Milliarden sparen will, muss jetzt Millionen für die Vorbereitung investieren.“

Aus Sicht des BaumEntscheid ginge es längst nicht mehr nur um zusätzliche Bäume. Das Gesetz erfordert eine Verwaltungsmodernisierung für Bäume und Klimaanpassung – mit Standardisierung, Digitalisierung, Skalierung und neuen Formen der Zusammenarbeit zwischen Senat, Bezirken und Stadtgesellschaft.

Das Gesetz verpflichtet Berlin, die seit 2010 entstandenen Leerstände bei Straßenbäumen schrittweise aufzuarbeiten. Nach veröffentlichten Daten des Senats betrifft das mindestens 28.600 Straßenbäume, die bis Ende 2027 nachzupflanzen sind. Allein den Bestand um wenige Hundert Bäume auf 440.000 Straßenbäume anzuheben, würde weder der Intention des Gesetzes entsprechen noch das Versprechen des Regierenden Bürgermeisters vom Juli 2024 erfüllen, bis zum Ende seiner Amtszeit mehr Bäume zu pflanzen als zu fällen.

Das BäumePlus-Gesetz, als Berliner Klimaanpassungsgesetz seit 21. Nov. 2025 in Kraft, schreibt vor, dass sechs Monate nach Inkrafttreten der Wissenschaftliche „Kontrollbeirat“ seine Arbeit aufnehmen soll. Die Initiative kritisiert an den ersten Besetzungsvorschlägen für den Kontrollbeirat deren fehlende lokale Kompetenz in Sachen Umsetzung in einer zweigliedrigen Stadtstaaten-Verwaltung, die generelle fehlende „Berliner Verwaltungs- und Umsetzungserfahrung“, sowie die fehlenden Praxiserfahrungen bei Groß- und Infrastrukturprojekten (z.B. „Flughafenbau“, „U-Bahn-Verlängerung“, große Rollout-Aufgaben, Verwaltungsmodernisierung).



Vicky Pasternak, Sprecherin Forschungs- und Hochschulcluster BaumEntscheid e.V.:

“Unseren Bäumen und der Klimaanpassung darf nicht das gleiche Schicksal wie dem BER widerfahren. Klimaanpassung braucht deshalb von Beginn an Umsetzungskompetenz, Verwaltungserfahrung und Expertise für große Infrastrukturvorhaben.”

Der BaumEntscheid appelliert erneut dringend, die nötige Berlin- und Praxis-Erfahrungen in dem Kontrollbeirat sicherzustellen. Nach der erfolgreichen parteiübergreifenden Verhandlung des Gesetzes hätte sich die Initiative einen besseren gemeinsamen Start gewünscht und bietet dem Senat aber erneut an, eigene Fachkompetenz und Expertenwissen aktiver in die Umsetzung einzubringen.

Zum Hintergrund: Das Berliner Klimaanpassungsgesetz, ehemals BäumePlus-Gesetz, wurde am 3. November 2025 nach Verhandlungen mit CDU, SPD und Senat parteiübergreifend einstimmig beschlossen. Es macht Berlin fit für die Folgen des Klimawandels und verankert wirksamen Schutz vor Hitze, Dürre und Extremwetter verbindlich im Landesrecht. Der entscheidende Impuls für dieses bundesweit beachtete Gesetz ging von der NGO BaumEntscheid e.V. aus: Mit ihrer Volksentscheidinitiative hat sie den politischen Prozess angestoßen, fachlich geprägt und der Stadtgesellschaft den Weg zu einer konkreten, umsetzungsstarken Klimaanpassung eröffnet.

In dem Gesetz sind präzise Umsetzungsaufgaben rechtlich vorgegeben; folgende Maßnahmen des Berliner Klimaanpassungsgesetzes sollten bis zum 21. Mai 2026 umgesetzt sein: Einsetzung des Wissenschaftlichen (Kontroll-)Beirats nach § 17 (1) samt Budget für Ausarbeitungen und Geschäftsstelle, Verabschiedung der Novelle der BaumschutzVO gem. § 21, Vorlage des Projektauftrags für das Umsetzungsplanungsprojekt gem. § 22 (1) und (4) sowie Sicherung der Personal- und Sachmittelverfügbarkeit gem. § 23 (3) Schlussbestimmungen.

Kontakt:

BaumEntscheid e.V. – Pressestelle, 0160-97442395, Heinrich Strößenreuther, presse@baumentscheid.de

Gleichzeitig weisen wir auf die Sitzung des Umweltausschusses am 28.05.2026 zum Umsetzungsstand des Klimaanpassungsgesetzes hin, zu der Heinrich Strößenreuther für eine Stellungnahme eingeladen ist: <https://www.parlament-berlin.de/ados/19/UK/einladung/uk19-069-e.pdf> und <https://www.parlament-berlin.de/ados/19/UK/einladung/uk19-069-em1.pdf>.

Quellen und weiterführende Links:

- Mehr Informationen über den BaumEntscheid: <https://www.baumentscheid.de>
- Link zum am 21. November 2025 in Kraft getretenen BäumePlus-Gesetz, dem Berliner Klimaanpassungsgesetz (KANGBln) inkl. Begründung und Erläuterung der gesetzlichen Intentionen: https://b03711af-af19-4c36-afcf-38371a6d92bb.usrfiles.com/ugd/b03711_8bf74cf45556487cae512d7df80ea84e.pdf
- Link zu dem Nachpflanz-Versprechen des Regierenden Bürgermeisters Kai Wegner, dass zum Ende seiner Amtszeit mehr Straßenbäume gepflanzt als gefällt werden: <https://www.morgenpost.de/berlin/article406873639/das-baum-versprechen-des-regierenden-buergermeisters.html>
- Link zu der Nachpflanzbilanz von 28.600 gefällten, aber nicht wieder nachgepflanzten Straßenbäume saldiert 2011 - 2020 als Negativsaldo gefällter Straßenbäume abzgl. nachgepflanzter Straßenbäume: <https://fragenstaat.de/anfrage/baumbilanz-berlin/656949/anhang/Nr.105EntwicklungBestand2011bis2020.pdf>



- Link zu den Paragraphen zum wissenschaftlichen Kontrollbeirat § 18 ff: <https://gesetze.berlin.de/bsbe/document/jlr-KlimaAnpGBEpP1>
- Jüngste Pressemitteilung des BaumEntscheid zu den diversen Verzögerungen und Fristrisiken: https://b03711af-af19-4c36-afcf-38371a6d92bb.usrfiles.com/ugd/b03711_156284cbeb4a4f89b191a8a9a92db29f.pdf und https://b03711af-af19-4c36-afcf-38371a6d92bb.usrfiles.com/ugd/b03711_7998229f322340719ae599b26d6a55f9.pdf
- Link zum Newsletter des BaumEntscheid e.V.: <https://www.baumentscheid.de/informiert-bleiben>
- Hinweis zu Spenden und Fördermitgliedschaften: <https://www.baumentscheid.de/unterstuetzen>

Mehr über die Initiative BaumEntscheid e.V.:

Der **Volksentscheid Baum** – initiiert im August 2023 von **Heinrich Strößenreuther** und **Génica Schäfgen** – hat mit dem **BäumePlus-Gesetz** Deutschlands erstes konkretes und verbindliches **Klimaanpassungsgesetz für die kommunale Umsetzung** auf den Weg gebracht. Über 150 Ehrenamtliche und Fachleute arbeiteten am Entwurf, der im Mai 2024 an den Senat übergeben und am **3. November 2025** – ein Jahr früher als geplant – **einstimmig im Abgeordnetenhaus** beschlossen wurde. Der BaumEntscheid gilt inzwischen als historisches Beispiel **bürgergetriebener Klimaschutzpolitik**: Er zeigt, dass Zivilgesellschaft und Politik gemeinsam Lösungen schaffen können – für eine **grünere, kühlere, lebenswertere Stadt**.

Am 21. November 2025 ist das Gesetz in Kraft getreten. Das Gesetz verpflichtet Berlin zu einer **Million Straßenbäume** bis 2040, 700.000 davon sind neu oder nachzupflanzen. Bis 2040 sollen in den **170 Hitzevierteln** rund **4.000 Mini-Parks** und **100 größere Grünflächen** entstehen, **Regenwasser** lokal genutzt und die Temperaturen **um bis zu zwei Grad mit mehr Stadtgrün gesenkt** werden. Es enthält eine **Pflicht zur Gesundheitspflege**, eine **Ersatzquote von 1:3 bei Fällungen** und schreibt vor, Pflegeprozesse regelmäßig zu überprüfen. Damit werden Stadtnatur und „blau-grüne Infrastrukturen“ erstmals als **Infrastrukturen gemäß Sondervermögen** anerkannt – mit einem Finanzrahmen von **3,2 Milliarden Euro bis 2040**. Mit dem Beschluss entfällt der ursprünglich für **September 2026** geplante Volksentscheid. Das Gesetz tritt **ein Jahr früher** in Kraft, sodass **Pflanzung und Pflege** bereits ab 2025 beginnen können. Der BaumEntscheid begleitet die Umsetzung, stärkt die **Bürgerbeteiligung** beim Pflanzen und unterstützt **andere Städte**, das BäumePlus-Gesetz als **Vorbild für eigene Klimaanpassung** zu nutzen. Der gemeinnützige BaumEntscheid e.V. bittet zur Unterstützung dieser Arbeit um **Spenden** und **Fördermitgliedschaften**.